

23. OKTOBER 2017



DOSSIER DE PRESSE



GLYPHOSAT-AUSTIEG

SOFORT!

WIESO MITGLIEDSTAATEN & EU-KOMMISSION JETZT
VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN MÜSSEN

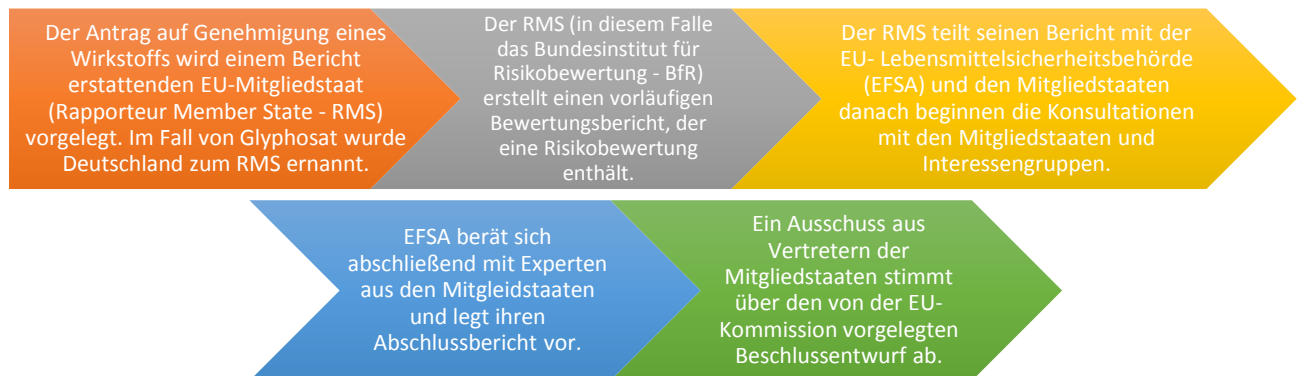
WWW.CLAUDETURMES.LU

Luxemburg, den 23. Oktober 2017

Glyphosat-Ausstieg sofort: Wieso Mitgliedstaaten und die EU-Kommission jetzt Verantwortung übernehmen müssen

- Nach zweijährigem Ringen rund um die Verlängerung der Zulassung des Herbizids Glyphosat, geht der Kampf in die entscheidende Runde. Am 24. Oktober wird das Europaparlament Position beziehen und einen Tag später, am 25. Oktober, sollen die Mitgliedstaaten endgültig über die Zulassung entscheiden.

1. Wer bewertet Pestizide in der EU?



2. Eine Chronik des Versagens

März 2015	Die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (IARC) stuft Glyphosat als "wahrscheinlich karzinogen" ein.
November 2015	Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) schlussfolgert nach der eigenen Risikoprüfung, dass es unzureichende wissenschaftliche Beweise für eine karzinogene Wirkung von Glyphosat gibt und schlägt sogar vor, die akute Referenzdosis (annehmbare tägliche Dosis) zu erhöhen.
November 2015	96 unabhängige Wissenschaftler wenden sich in einem offenen Brief an den EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und kritisieren die „unglaubliche“ Einschätzung der EFSA, „because it is not supported by the evidence and it was not reached in an open and transparent manner.“ ¹
März 2016	Die EU-Kommission schlägt eine Verlängerung der Marktzulassung des Herbizids für weitere 15 Jahre vor. Als sich abzeichnet, dass es unter den Mitgliedstaaten keine Mehrheit für diesen Vorschlag gibt, wird die geplante Abstimmung abgesagt.
April 2016	In einer Resolution ² fordert das Europäische Parlament eine Verlängerung der Zulassung für sieben Jahre, allerdings mit erheblichen Einschränkungen: Verbot der Nutzung „in oder in der Nähe von öffentlichen Parks und Plätzen“ und für den nichtprofessionellen Einsatz.
Juni 2016	Mangels nötiger Mehrheit beschließt die EU-Kommission schließlich unilateral, die Zulassung nur bis Ende 2017 zu verlängern und den Bericht der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) abzuwarten.

¹ http://www.efsa.europa.eu/sites/default/files/Prof_Portier_letter.pdf

² <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2016-0119+0+DOC+PDF+V0//DE>

März 2017	ECHA kommt zu dem Schluss, dass die verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht die Kriterien erfüllen, um Glyphosat endgültig als karzinogen einzustufen.
März 2017	Ein Gericht in den USA verfügt die Veröffentlichung von Tausenden internen Dokumenten von Monsanto. Die „Monsanto Papers“ legen nahe, dass der Firma Monsanto bereits seit 1999 eine krebserregende Wirkung des Pestizids Glyphosat bekannt ist. Außerdem wird offengelegt, wie der Konzern Wissenschaftler bezahlt, um gefälschte Studien in Umlauf zu bringen und die wissenschaftliche und politische Debatte, insbesondere in Europa, zu manipulieren.
Mai 2017	Das Kollegium der EU-Kommissare beschließt, den EU-Mitgliedsstaaten einen neuen Vorschlag für die Erneuerung der Glyphosat-Zulassung für 10 Jahre zu unterbreiten.
Juni 2017	Beginn des Gerichtsverfahrens gegen EFSA wegen Nicht-Veröffentlichung der Studien die für die Glyphosat-Einschätzung gebraucht wurden
Juni 2017	Die Europäische Bürgerinitiative „STOP Glyphosate“ erreicht innerhalb von vier Monaten mehr als eine Million Unterschriften (Rekordzeit!). Auch in Luxemburg wurde das Quorum von 4.500 Unterschriften in weniger als drei Monaten erreicht.
September 2017	Dr. Stefan Weber legt ein Sachverständigengutachten über die Glyphosat-Bewertungsprozedur vor und spricht von „wissenschaftlichem Fehlverhalten“ und „bewusster Täuschung“. Die zuständigen Behörden BfR, EFSA und ECHA weisen die Vorwürfe zurück, die EU-Kommission ignoriert sie gänzlich.
Oktober 2017	Das Präsidium des Europaparlaments erteilt Monsanto-Lobbyisten Hausverbot, nachdem der Konzern sich weigert vor dem Umweltausschuss zu erscheinen, um über die Monsanto Papers zu diskutieren.
Oktober 2017	Im Fachmagazin Plos One veröffentlichen Wissenschaftler um Caspar Hallmann von der niederländischen Radboud University alarmierende Zahlen zum Artensterben: durchschnittlich gibt es in Deutschland 76 Prozent, in den Sommermonaten sogar bis zu 82 Prozent weniger Fluginsekten als noch vor 27 Jahren. Die Autoren der Studie machen dafür vor allem die intensive Landwirtschaft und den übermäßigen Pestizideinsatz verantwortlich.
Oktober 2017	Die Mehrheit der Abgeordneten (Grüne, Sozialdemokraten, Linke und Teile der Liberalen) im Umweltausschuss des Europaparlaments spricht sich für einen Glyphosat-Ausstieg bis 2020 aus.

3. Der Einfluss der Industrie auf den Bewertungsprozess: Fallbeispiel Bundesinstitut für Risikobewertung und die Bewertung von Glyphosat

Fundamentale Unterschiede in der Bewertungsprozedur

IARC	EFSA
Nur öffentlich zugängliches Material: Die Krebsforschungsagentur der WHO nutzt für ihren Evaluierungsprozess nur öffentliche Studien, die von Wissenschaftlern peer-reviewed werden konnten.	Geheime Studien der Industrie: Die Bewertungen der EFSA basieren meist auf unveröffentlichten Studien, die von Pestizidherstellern selbst in Auftrag gegeben und eingereicht werden.
Transparenter Prozess der Risikoeinschätzung: Das Panel der IARC besteht aus unabhängigen Wissenschaftlern, die sorgfältig geprüft werden und im Vorfeld des Prozesses finanzielle Interessenserklärungen abgeben müssen.	Anonyme Autoren: Der Prozess ist gänzlich anonym, dh es ist weder nachvollziehbar welche Autoren mitgewirkt haben, noch welche andere Interessen diese Autoren haben.

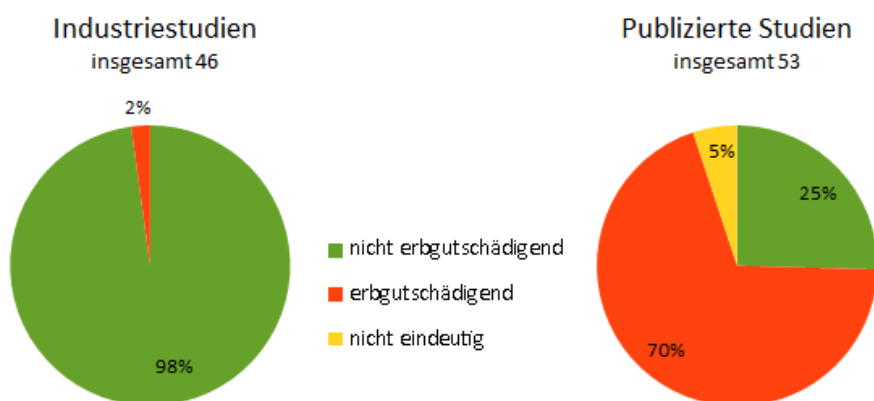
Neue Fakten zur Glyphosat-Bewertung des Bundesinstituts für Risikobewertung

- Mitte September legt Dr. Stefan Weber ein unabhängiges Sachverständigengutachten des Bewertungsberichts des BfR vor, demnach die zuständigen Behörden BfR und EFSA ihre Bewertungen unabhängiger Studien über den Pestizidwirkstoff Glyphosat in weiten Teilen wortwörtlich von Monsanto und anderen Herstellern des Herbizids abgeschrieben haben. **Das**

Sachverständigengutachten spricht von „wissenschaftlichem Fehlverhalten“ und „bewusster Täuschung“.

- Nicht nur das Kopieren ganzer Textpassagen ist schockierend, sondern auch die „systematische Unterlassung von Quellenangaben und das gezielte Entfernen von Hinweisen auf die tatsächlichen Verfasser der Texte“. Laut Dr. Weber ist „offensichtlich, dass das BfR keine eigenständige Bewertung der zitierten Studien vorgenommen hat“.
- **So ist beispielsweise das gesamte Kapitel zur Genotoxizität, also zur erbgutschädigenden Wirkung von Glyphosat, fast vollständig und fast wortwörtlich von Monsanto übernommen worden.**
- **Fazit:** Eine Glyphosat-Neuzulassung kann es auf Basis dieser Plagiats-Risikobewertung nicht geben. Wenn Monsanto fast alle unabhängigen Studien, die einen Zusammenhang mit Krebs oder anderen Gesundheitskrisen vermuten lassen, als „nicht relevant“ abtut und die deutschen Behörden das einfach abschreiben, können wir die Glyphosat-Risikobewertung nicht mehr ernst nehmen.
- Die große Mehrheit der unabhängigen Studien stellt eine erbgutschädigende, d.h. karzinogene, Wirkung von Glyphosat fest.

Krebserregend oder nicht? Was sagt die Wissenschaft?



Quelle: <https://www.global2000.at/bfr-kopiert-monsanto>

4. Mitverantwortung der Juncker-Kommission

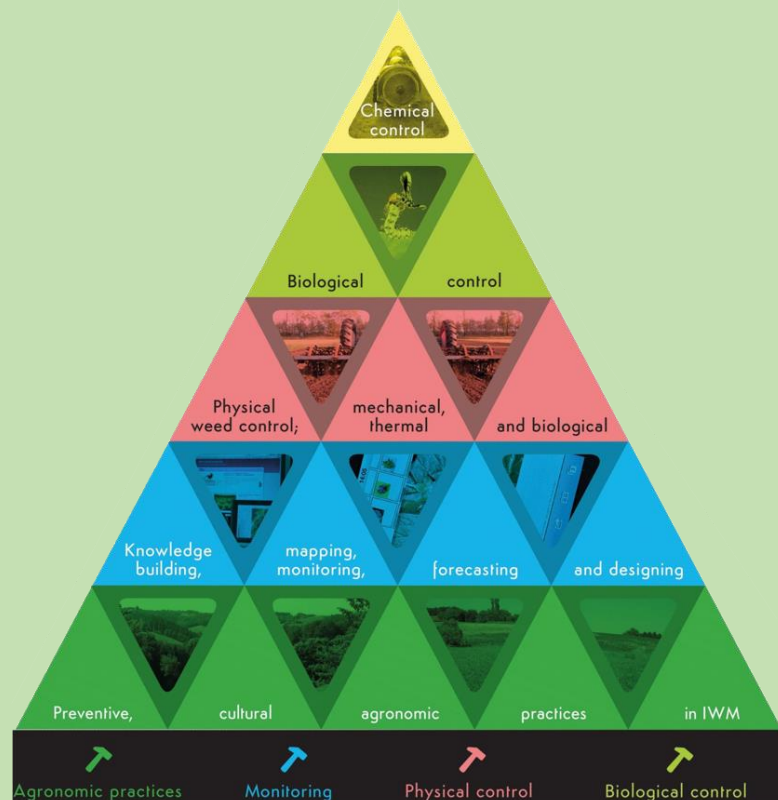
- Während die IARC sich ausschließlich auf veröffentlichte Studien bezieht, die von Wissenschaftlern begutachtet und überprüft werden können, nutzen die für die EU-Zulassung zuständigen Behörden BfR, EFSA und ECHA im Bewertungsprozess vor allem unveröffentlichte und deshalb nicht überprüfbare Studien der Industrie.
- Die Grüne Fraktion im Europaparlament hat bei den zuständigen Behörden die Veröffentlichung aller genutzten Studien gefordert. **Weil diese sich mit Verweis auf „Geschäftsgeheimnisse“ geweigert haben, hat eine Gruppe von Abgeordneten im Namen der Grünen/EFA-Fraktion vor dem Europäischen Gerichtshof Klage eingereicht, um den öffentlichen Zugang zu Studien zu erreichen.**
- Spätestens seit den Monsanto Papers ist offensichtlich, dass es im Falle der Glyphosat-Bewertung keine unabhängige Prozedur gab, die wissenschaftlichen Standards entspricht.
- Weil Pestizide für Mensch und Natur extrem schädlich sein können, muss die Zulassungsprozedur durch die zuständigen nationalen und europäischen Behörden den höchsten wissenschaftlichen Standards entsprechen, damit die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Prozedur haben können. **Es ist daher politisch unverantwortlich, dass die Juncker-Kommission selbst bei der aktuellen Anhäufung von Indizien für grobes Fehlverhalten auf stur schaltet und jedwede Aufklärung verhindert.**
- Artikel 1 der Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln: *„Ziel dieser Verordnung ist die Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit von Mensch und Tier und für die Umwelt und das bessere Funktionieren des Binnenmarkts durch die Harmonisierung der Vorschriften für das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion.“*

5. Der Blick nach vorne: Glyphosat-Ausstieg sofort

- Dank des öffentlichen Drucks von über einer Million Europäerinnen und Europäern scheint sich das Blatt im Glyphosat-Dossier gewendet zu haben. Vor 18 Monaten wurde noch über eine Neuzulassung auf 15 Jahre verhandelt. **Nun drängen die progressiven Kräfte im Europaparlament und eine Allianz von Mitgliedstaaten rund um Nicolas Hulot auf einen Glyphosat-Ausstiegplan.**
- Nachdem das EU-Parlament sich vor zwei Jahren für eine Neuzulassung auf sieben Jahre ausgesprochen hat, hat der Unterausschuss des Europäischen Parlaments nun eine neue Position angenommen, die nun am 24. Oktober, einen Tag vor der Abstimmung der Mitgliedstaaten, im Plenum abgestimmt werden soll:
 - **Sofortiges Verbot des nicht-professionellen Gebrauchs von Glyphosat** sowie des Gebrauchs in der Nähe von öffentlichen Parks, öffentlichen Spielplätzen und öffentlichen Gärten;
 - **Keine neue Zulassung und ein Phase-Out des Herbizids in der gesamten Europäischen Union zum 15. Dezember 2020;**
 - Ab dem 15.12.2017 **kein Gebrauch von Glyphosat in der Landwirtschaft, wo eine integrierte Unkrautkontrolle („Integrated Weed Management Systems“)** genügt;
- Außerdem sollte ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden, um die Fehler in der Zulassungsprozedur ausführlich zu analysieren und die politischen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Integrated Weed Management Systems (Integrierte Unkrautkontrolle)

Der erste Schritt eines nachhaltigen Unkrautmanagements besteht darin, verschiedene Methoden zur Bekämpfung der Unkräuter zu integrieren, die jeweils an die Art des Unkrauts und der Art der Nutzpflanze angepasst sind. Dies ist die Grundlage der Integrierten Unkrautkontrolle, bei dem verschiedene Managementtechniken (vorbeugende, mechanische, biologische Techniken sowie Monitoring) während der unterschiedlichen Phasen der Kulturen angewendet werden. Die Zusammenstellung aller verfügbaren Techniken kann als eine Pyramide betrachtet werden, wobei jede Schicht eine Liste von Methoden bereitstellt, die für das Unkrautmanagement angewendet werden können, wobei die chemische Kontrolle nur als letzte Ressource verwendet wird, wenn alle anderen Methoden fehlgeschlagen sind.



6. Die Alternativen gibt es bereits, jetzt gilt es, sie schnell einzusetzen

- Unkräuter lassen sich auch ohne oder zumindest mit wesentlich weniger Herbizid-Einsatz effektiv bekämpfen. Zum Beispiel mit vielfältiger Fruchtfolge, Zwischenfruchtanbau und der bodenschonenden, mechanischen Unkrautbekämpfung.
- Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ermöglicht - über allgemeine Maßnahmen zur Förderung der Fruchtfolge hinaus - spezifische Maßnahmen im Rahmen des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums, um die zusätzlichen Kosten für den Umstieg zu decken.
- Bisher bieten nur wenige Mitgliedstaaten wie Belgien (Flandern), Frankreich und Luxemburg den Landwirten finanzielle Entschädigungen für die Einführung von mechanischer Unkrautbekämpfung an. **Die luxemburgische Regierung bietet z.B. eine Ko-Finanzierung von Maschinen in Höhe von 20% an.**
- Alle Mitgliedstaaten sollten nationale Glyphosat-Ausstiegspäne vorlegen und die finanziellen Spielräume der bestehenden GAP voll ausnutzen, um die Landwirte bei der Wende zu unterstützen. Darüber hinaus ist es unentbehrlich, bei der anstehenden Reform der Europäischen Landwirtschaftspolitik eine konsequente Agrarwende hin zu einer pestizidfreien, sowie umwelt- und gesundheitsschonenden Landwirtschaft einzuleiten.

7. Der verzweifelte Versuch der EVP, Monsanto noch zu retten

- Nachdem der Umweltausschuss des Europaparlaments letzte Woche einen Glyphosat-Ausstieg bis 2020 vorgeschlagen hat, lanciert die Europäische Volkspartei im Parlament und in der EU-Kommission einen letzten, verzweifelten Versuch, um Monsanto zu retten.
- Die Fraktion der Europäischen Volkspartei wird im Plenum des EU-Parlaments einen Änderungsantrag einbringen, um den vorgeschlagenen Ausstieg bis 2020 zu streichen, und eine Neuzulassung auf fünf Jahre zu fordern.
- Gleichzeitig wird erwartet, dass auch die Juncker-Kommission noch kurz vor der Abstimmung am Mittwoch den Mitgliedstaaten einen neuen Vorschlag für eine Neuzulassung auf fünf Jahre unterbreiten wird.
- Statt Monsanto bis zum bitteren Ende zu verteidigen, sollte die Juncker-Kommission auf die wissenschaftliche Faktenlage und die Bürgerinnen und Bürger hören, und den Glyphosat-Ausstieg endlich vorbereiten.